



**Haus & Grund**<sup>®</sup>  
Eigentum. Schutz. Gemeinschaft.

Haus & Grund Deutschland, Postfach 08 01 64, 10001 Berlin

Bundesministerin der Justiz und für  
Verbraucherschutz  
Dr. Katarina Barley  
11015 Berlin

**Haus & Grund Deutschland**  
Zentralverband der Deutschen Haus-,  
Wohnungs- und Grundeigentümer e.V.

Durchwahl -500  
Ansprechpartner/in Dr. Kai H. Warnecke  
Datum 29. August 2018

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

Ihre Aussagen zum Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium haben mich im höchsten Maße irritiert. In der Ausgabe der Rheinischen Post vom 24.08.2018 werden Sie wie folgt zitiert:

„Jeder weiß, dass der Markt von sich aus nur wenige bezahlbare Wohnungen schafft“.

„Es ist deshalb unverantwortlich, wenn Wissenschaftler jetzt gegen den sozialen Wohnungsbau argumentieren und das den Markt regeln lassen wollen“.

„Wir müssen jetzt Auswüchse des Marktes regeln und mehr Wohnungen bauen.“

Wir können in Deutschland auf eine große Tradition des privaten Wohnungsbaus zurückblicken. Rund 80 Prozent der ca. 42 Millionen Wohnungen in Deutschland sind im Eigentum von Privatpersonen. Sie wurden zu großen Teilen unter Bedingungen freier Wohnungsmärkte errichtet. Ohne die aktuelle Situation in den nachfragestarken Wohnungsmärkten in Frage zu stellen, lebt die Mehrheit der Mieter heute in bezahlbaren Wohnungen. Dies beweist, dass der Markt bezahlbaren Wohnraum schafft. Und es sind ganz überwiegend private Eigentümer, die den guten und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen.

Das Gutachten ist ein Beitrag zur Debatte über die Wohnungspolitik. Als Bundesministerin die Sachargumente der Wissenschaftler öffentlich als unverantwortlich herabzuwürdigen, ist ein unglaublicher und unverantwortlicher Vorgang. Ich hoffe inständig, dass sich die Mitglieder der Bundesregierung nicht sachlichen Debatten verschließen und allen Argumenten ihren Raum geben; gleichgültig, ob sie sie nun teilen oder nicht. Alles andere wäre das Ende der Demokratie, in der die Willensbildung – auch durch öffentliche Debatten – vom Volk ausgeht.

T 030-2 02 16-0  
F 030-2 02 16-555  
Mohrenstraße 33, 10117 Berlin  
info@hausundgrund.de  
www.hausundgrund.de

Schließlich ist auch die aktuelle Situation nicht Folge der „Auswüchse des Marktes“, sondern in erster Linie Politikversagen. Wenn Politik weiter reguliert und Anreize nimmt, werden weniger Wohnungen gebaut und vor allem weniger Wohnungen auf dem Mietwohnungsmarkt angeboten. Und so gut wie alle öffentlich als Negativbeispiel bekannt gewordenen Immobilien sind solche, die von der öffentlichen Hand verkauft wurden – nicht an Bürger, sondern an Großinvestoren.

Alles dies zeigt, dass wir wieder eine vernünftige Debatte über die Wohnungspolitik brauchen. Ich würde mich freuen, wenn wir die Argumente in dieser Sache in einem persönlichen Gespräch vertiefen können.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Kai H. Warnecke

- Präsident -